

**Niederschrift über die Sitzung des  
Sozialausschusses am 5. Mai 2014**  
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Fuchs (Top 1 – 3)	
Mit dem Vorsitz beauftragt:	Erster Landesbeamter Friedrich (4 – 6)	
Die Mitglieder des SozA:	Kreisräte/innen:	
	Gfröhrer, Heissenberger, Jenner-Wanek, Reingruber, D. Schaal	(CDU)
	Gruber-Seibold, Kelemen, Möhlmann, Pauli, Wied	(SPD)
	Abramzik, Payr (ab 14:42 Uhr), Wilhelm	(FDP-FW)
	Bodamer, Ellwanger, Hinderer	(Freie Wähler)
	Brodersen, Messinger	(GRÜNE)
Das stv. Ausschussmitglied:	Schwarz, J. Schaal	(CDU)
Entschuldigte Ausschussmitglieder:	Schöllkopf, Dr. Ulfert	(CDU)
	Mast	(FDP-FW)
	Müller	(Freie Wähler)
Ferner:	Kreiskämmerer Geißler	
	Dezernentin Hülle (Top 1 – 3)	
	Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin	
	Geschäftsbereichsleiterin Bittinger	
	Geschäftsbereichsleiter Deiß	
	Frau Rauscher, Geschäftsbereich Soziales	(Top 1)
	Herr Schock, Amtsleiter Ordnung u. Soziales, Stadt Murrhardt	(Top 1)
	Geschäftsführer Baumgardt, Jobcenter Rems-Murr	(Top 2)
	Frau Ranft, Geschäftsbereich Soziales	(Top 2)
	Herr Frey, GB Besondere Soziale Hilfen	(Top 3)
	Frau Müller, Geschäftsbereich Gesundheit	(Top 4)
	Frau Dr. Merx, Geschäftsbereich Gesundheit	(Top 5)
	Weitere Mitarbeiter	
	Sozialerfahrene Bürger	
	Frau Bühl, Kreissenorenrat	
	Presse	
Der Schriftführer:	Kreisoberamtsrat Hasert	

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:30 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 17:33 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 17:55 Uhr



## § 1

### Sachstandsbericht zum Planungsprozess Psychiatrie

#### Drucksache 2014-24-SozA05.05.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und hebt die aktuelle Relevanz des Themas hervor. Die Zahl der seelischen und psychischen Erkrankungen nehme dramatisch zu. Die Wahrscheinlichkeit wegen einer psychischen Störung ärztliche Hilfe zu benötigen, liege bei 31,1% und das bei steigender Tendenz.

Frau Dr. Längle-Sanmartin leitet in das Thema ein: Seit 2012 der Ausschuss die Handlungsempfehlung des 1. Teilberichts befürwortet hat, wird an Weiterentwicklungsmaßnahmen und der „neuen Planung“ für den Personenkreis der chronisch psychisch kranken Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen gearbeitet. Sie weist auf die Sitzungsvorlage hin, welche einen umfassenden Überblick über die Arbeitsstränge gibt, die durch Frau Rauscher kurz präsentiert werden. Nach Anregung aus dem Arbeitskreis Psychiatrie wird die Problematik durch ein Beispiel aus der Praxis von Herrn Schock erläutert.

Frau Rauscher erläutert die Drucksache 2014-24 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Als Umsetzung aus dem 1. Teilbericht wurde eine neue Tagesstätte im Mittelbereich Backnang eröffnet und eine kostenneutrale Umwandlung von stationär zu ambulanten Plätzen („Ambulantisierung“) des Wohnheims Schloßstraße in Winnenden umgesetzt (Ambulantes Komplexleistungszentrum mit 24- Stunden Notdienst sowie zwei Krisenzimmern).

Nun stehe noch die Verbesserung der Krisen- und Notfallversorgung aus.

Herr Schock von der Stadt Murrhardt stellt ein fiktives Fallbeispiel vor. Eine alleinstehende Erzieherin Anfang 40 kann ihre Tätigkeit wegen körperlicher Probleme nicht mehr ausüben. Sie erhält Erwerbsminderungsrente. Die Nachbarn haben das Ordnungsamt informiert, dass sich die Frau sonderbar verhalte. Der Kontakt mit der Frau wurde gesucht, die angibt, abgehört, von den Nachbarn terrorisiert und verfolgt zu werden. Nach Entlassung aus der Psychiatrie wurde Schizophrenie diagnostiziert. Es stellt sich die Frage, was man hätte von Anfang an besser machen können. Hauptsächlich sei das Ordnungsamt betroffen, da hier am häufigsten Problemfälle auftreten.

Frau Rauscher stellt zum 2. Teilbericht (Hilfe für die „Schwierigen“) die zugespitzte Problematik dar.

Mitarbeiter des Ordnungsamtes seien nicht hinreichend geschult, um mit „schwierigen“ Fällen umzugehen, die fachkundigen Experten seien unterbesetzt, was dazu führe, dass den Menschen nicht rechtzeitig und ausreichend geholfen werden könne.

Kreisrätin Wilhelm hält den Lösungsansatz für richtig. Dies wäre auch im Arbeitskreis Psychiatrie erkennbar gewesen. Sie erkundigt sich nach Heilungschancen bei solchen Erkrankungen.

Kreisrat Messinger erklärt, das Beispiel sei schockierend. Er sei daher froh darüber, dass die Tagesstätte Backnang eröffnet wurde. Bei ca. 300 Fällen im Kreis sei es eine große Notwendigkeit den Kommunen zu helfen. Er stellt die Frage, wie das mit 1,5 Mitarbeitern auf Landkreisebene funktionieren kann.

Kreisrat Ellwanger findet die Aufklärung gut. Es sei wichtig, dass eine Anlaufstelle geschaffen wird. Er schlägt vor, enger mit dem Zentrum für Psychiatrie in Winnenden (ZfP) zusammenzuarbeiten, da dort schon gute Fachkräfte vor Ort seien. Das wichtigste sei es, eine Verbindung herzustellen, auch mit dem Rems-Murr-Kreis. Es solle auf keinen Fall eine losgelöste Stabstelle geschaffen werden.

Kreisrat Reingruber erinnert an das Problem in der Praxis: es erfolgen Zwangseinweisungen durch Ordnungsamt und Polizei, wobei die Patienten aber oft schnell wieder entlassen werden. Er bitte um Auskunft, wie es mit einer Anschlussbetreuung aussehe? Ansonsten beginne der Kreislauf wieder von vorne.

Kreisrat Kelemen merkt an, dass z.B. in Plüderhausen dies nicht in Anspruch genommen werde, da es mit den Ordnungsämtern besser im Griff zu halten sei. Die Fälle werden angezeigt und das LRA informiert. Dann folge oft die Feststellung, dass nichts gemacht werden könne. Er stellt die Frage, ob man das mit mehr Personal besser hinbekomme, und ob dieses Modell die richtige Schnittstelle dafür sei, früher aktiv werden zu können.

Kreisrat Wied meint, es sei für dieses Problem keine einfache Lösung zu finden. Aber es bestehe die Gefahr, dass Doppelstrukturen entstehen und Leerläufe stattfinden. Da alle Beteiligten auf die gleichen Informationen zurückgreifen müssen, liege eine gemeinsame Datenbank nahe. Auch wenn der Datenschutz dabei beachtet werden müsse, wäre es sehr hilfreich, wenn dies zentralisiert werden könne, da so viel effizienter gearbeitet und geholfen werden kann.

Kreisrätin Bodamer merkt an, dass bei dem Krankheitsbild unterschieden werden müsse. Man kön-

ne nicht alles auf Winnenden abladen. Der Aufenthalt dort beträgt i.d.R. 4 - 6 Wochen mit Medikamenten. Wenn nach der Entlassung die Medikamente eingestellt werden, dann fange der Kreislauf wieder von vorne an. Deshalb sei es wichtig, dass Stellen geschaffen werden mit Mitarbeitern, die sich bei solchen Krankheitsbildern auskennen und eine Vorort-Betreuung ermöglicht werde.

Landrat Fuchs ist ebenfalls interessiert an den Heilungschancen. Er informiert, dass die 1,5 Stellen ein Einstieg seien für drei Jahre mit anschließender Evaluation. Es sei richtig, dass eine Vernetzung geschaffen und ein Case Management entwickelt werden müsse.

Dr. Behringer, aus dem GB Gesundheit berichtet, dass es im Arbeitskreis Psychiatrie um die Netzwerkbildung gehe, darum passgenaue Hilfeangebote zu entwickeln. Ein Problem sei, dass die Selbstbestimmung immer höher angesetzt werde. Durch den Dienst könne die Vernetzung aber auf jeden Fall verbessert werden.

Frau Rauscher fügt an, dass die Maßnahmen im Planungsprozess mit Gemeinden, Gerichten und Betreuungsbehörde entwickelt werden. Ein Basisdienst werde aufgestellt und durch Informationsweitergabe verbessert. Es werde darauf geachtet, dass keine Doppelstrukturen entstehen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bericht zur Psychiatrieplanung wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Konzeptions- und Entscheidungsprozess zum Krisen-, Klärungs- und Vermittlungsdienst weiter voranzutreiben und das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses vorzulegen.

Auszüge:

1 Dezernat V

## § 2

### Bericht aus der Arbeit des Jobcenters einschließlich Schuldnerberatung

#### Drucksache 2014-25-SozA05.05.

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksache 2014-24 und gibt einleitend die momentane Arbeitsmarktsituation im Kreis bekannt. Zwar seien es nur 3,8% Arbeitslose, mit sinkender Tendenz, aber davon fast 30% Langzeitarbeitslose, die Leistungen nach SGB II erhalten. Dieser Sockel sei nur schwer aufzulösen. Ihm sei es ein besonderes Anliegen, den jüngeren Menschen (6% unter 25 Jahren), eine Chance zu ermöglichen, ihre bisherige Abhängigkeit von Sozialleistungen in eine berufliche Zukunft zu wandeln. Da in diesen Fällen meist keine Ausbildung vorhanden sei, müsse die Konzentration auf diesen Personen liegen.

Herr Baumgardt vom Jobcenter Rems-Murr erläutert in seiner Vorstellung zur aktuellen Bestandslage die Drucksache 2014-25. Die Präsentation ist dem Original der Niederschrift als Anlage beigelegt. 62% der Langzeitarbeitslosen seien ohne Berufsausbildung. In Single-Bedarfsgemeinschaften sei die Vermittlung von Arbeit sehr schwer, hier fehle es oft an Motivation. Hier gebe es ein Projektteam, das sich dieser Gruppe annehme. Seit 01.04. dieses Jahres sei außerdem eine einheitliche Servicestelle für Selbstständige eingerichtet worden, die Hilfen empfangen.

Frau Ranft, Schuldnerberaterin beim GB 50 stellt ihre Tätigkeit anhand einer Präsentation vor, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Sie gibt einen kurzen Bericht über Beratungszahlen und Wartezeiten ab. Zeitkritische Neufälle, wie bspw. bei Miet- und Energierechnungen werden vorgezogen, um die Wohnräume der Betroffenen zu halten und das Existenzminimum zu sichern. Die Fälle der Altersarmut und dazugehöriger Verschuldung seien in den letzten Jahren gestiegen.

Kreisrat Messinger stellt zwar eine Verbesserung am Arbeitsmarkt in letzter Zeit fest, die Langzeitarbeitslosenzahlen blieben aber konstant. Das ergebe eine klare Aussage: gewisse Personen seien nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Sogar bundesweit sei die Lage sehr schlecht. Er stellt die Frage, wie dies verbessert werden soll, etwa durch Erlangung von Qualifikationen.

Kreisrätin Wilhelm bedankt sich für die sehr differenzierte Betrachtung der Arbeitslosigkeit. Sie stellt die Frage, ob Langzeitarbeitslose die Fahrtkosten erstatten bekommen, wenn sie zu einem Termin beim Amt gebeten werden. Und sie wolle wissen, wie oft eine Einbestellung zur Beratung bei Lang-

zeitarbeitslosen stattfindet.

Herr Baumgardt antwortet, wenn die Verwaltung der Verursacher des Termins sei, dann würden die Fahrtkosten übernommen. Die Anzahl der Einbestellungen variieren je nach Empfänger, manchmal sei es alle 2-3 Monate, in anderen Fällen aber auch nur zweimal im Jahr.

Kreisrat Reingruber fragt sich ebenfalls, wie die Single-Bedarfsgemeinschaften motiviert werden sollen.

Kreisrätin Gruber-Seibold hält den Vorsorgegedanken, also im Vorfeld bei den Schülern anzusetzen, für sehr gut. Sie fragt kritisch, wie viele Scheinarbeitslose hinter den 430 Selbstständigen vermutet werden.

Kreisrätin Bodersen findet die Differenzierung ebenfalls gut. Da manche Selbstständige wohl unrentabel wirtschaften würden, wäre es zu überlegen, ob man nicht wie im Landkreis Göppingen einen Coach an die Seite derjenigen stelle.

Herr Baumgardt antwortet, dass für Qualifikationen erhebliche Mittel aufgewendet würden. Ins Verwaltungsbudget würden 1,3 Millionen umgeschichtet, aber vor allem die Verbindung enge den Handlungsspielraum ein. Es sollen möglichst viele Menschen erreicht werden. Im letzten Jahr seien es 600 gewesen. Alles, was in einer Ausbildung ende, werde unterstützt. Bei Singles mit geringer Motivation werde intensiver beraten und wenn notwendig, auch Sanktionen eingesetzt. Für Selbstständige stehen professionelle Steuer- und Wirtschaftsberater zur Unterstützung bereit.

Der Ausschuss nimmt den Bericht aus der Arbeit des Jobcenters einschließlich Schuldnerberatung zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat V  
2 GB Soziales

### § 3

#### Versorgung von Flüchtlingen im Rems-Murr-Kreis

#### Drucksache 2014-26-SozA05.05.

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksache 2014-26 und leitet in das Thema ein. Durch eine monatliche Zuweisung von 89 Neuzugängen seit Mai, müsse man mit etwa 400 weiteren Flüchtlingen in diesem Jahr rechnen. Das sei ein Zuwachs von 60% gegenüber 2013. Das VGH-Urteil i.S. Roncallihaus Fellbach habe weitreichende Auswirkungen, da die Unterbringung in Gewerbegebieten nicht mehr erlaubt sei. In reinen Wohngebieten gäbe es erhebliche Bedenken der Nachbarschaft und Mischgebiete seien kaum vorhanden. Auch sei es fraglich ob der Gesetzesentwurf zu sicheren Herkunftsländern eine Entlastung bringe, da die globale Entwicklung den Flüchtlingsdruck erhöhen werde. Der Landkreis werde finanziell sehr massiv von der Asylunterbringung belastet, die Pauschale des Landes decke nur einen kleinen Teil der Kosten ab. Allein dieses Jahr seien 6,3 Mio. Euro im HH angesetzt. Landrat Fuchs bedauert, dass in der Öffentlichkeit nach wie vor eine große Distanz und Vorurteile herrschen, vor allem wenn es um Standorte für Unterkünfte geht. Er sieht den Kreis in der Pflicht, humanitäre Verantwortung zu übernehmen für die, die Verfolgung, Folter oder willkürlicher Gewalt ausgeliefert sind.

Herr Frey, GB Besondere Soziale Hilfen, erläutert anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, die Flüchtlingssituation. Seit März mussten monatlich 69 Personen und seit Mai 89 Personen aufgenommen werden. Bei der Prognose von über 800 Zuweisungen sei die Unterbringung von 400 Personen noch offen. Die Standortsuche gestalte sich momentan sehr schwierig und das Personal müsse aufgrund der geänderten Bedingungen aufgestockt werden.

Kreisrat Wied bedankt sich für die sachlichen und nüchternen Worte. Er versichert die Unterstützung der SPD für anständige menschliche Unterbringung, ebenso wie die Unterstützung beim Planungsrecht und bei Ländern mit 0 %-Anerkennung. Das Verfahren solle beschleunigt werden.

Kreisrat Messinger spricht von besorgniserregenden Zahlen seit zwei Jahren. Aber man müsse sachlich damit umgehen. Die finanzielle Dimension sei erheblich und die Erstattung vom Land

nicht auskömmlich. Er hält es auch für richtig, dass gegenüber dem Land klargemacht wird, dass die Mittel nicht reichen und eine bessere Ausstattung notwendig sei.



Kreisrätin Wilhelm ist klar, dass humanitäre Voraussetzungen gelten müssen, aber die finanziellen Dimensionen seien beängstigend.

Kreisrat Ellwanger schlägt vor, die Immobilien des früheren Landeswohlfahrtsverbandes auf dem Schönbühl als Wohnraum zu verwenden.

Kreisrat Reingruber stellt fest, dass die Anerkennungsquote bei 1, 5 % stagniert. Das sei dann kein Asylrecht mehr, sondern habe andere Gründe. Ihn interessiert das Delta zwischen Pauschale und echten Kosten. Zudem werde es bei der Unterbringung schwieriger, wenn die Fläche pro Person angehoben wird. Es müsse auch an Gemeinden appelliert werden, die noch nichts machen.

Kreisrätin Jenner-Wanek erkundigt sich nach der Pauschale in Baden-Württemberg und möchte wissen, wieviel denn in den anderen Bundesländern erstattet wird.

Landrat Fuchs äußert sich zu den Kosten: Der Landkreistag habe dies moniert und mit einem Rechtsverfahren gedroht. Inzwischen wurde das große Delta erkannt, deswegen gehe man jetzt in Revision. Die Echkosten werden derzeit noch in Erfahrung gebracht. Das Ziel sei eine aufwandsgerechte Pauschale vom Land. Die zusätzliche Leistung von 266 € habe dazu geführt, dass eine vermehrte Zuwanderung aus Südosteuropa zu verzeichnen sei. Deshalb sei es wichtig, dass das Verfahren, zur Klärung des sicheren Herkunftslandes, abgekürzt werde, um die Bearbeitung der Anträge im Herkunftsland durchführen zu können.

Am Schönbühl sei man schon ewig dran, aber die Stadt gäbe kein grünes Licht. Dort wo bisher noch kein Unterbringungsstandort ist, solle die Anschlussunterbringung umgesetzt werden. Wenn die Gesetzesänderung mit 7 qm pro Person kommt, dann bräuchte man 120 zusätzliche Plätze.

Herr Frey führt aus, dass bei den Bootsflüchtlingen oft Schlepperbanden dabei sind. Die Pauschalen der anderen Länder und das ungedeckte Delta beim Kreis müssten noch ermittelt werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Versorgung von Flüchtlingen im Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.



Auszüge:

1 Dezernat V

2 GB Besondere Soziale Hilfen

## § 4

### Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) im Landratsamt

#### Drucksache 2014-27-SozA05.05.

Erster Landesbeamter Friedrich verweist auf die Drucksache 2014-27.

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin führt einleitend aus, sie sei stolz auf die Auszeichnung mit dem Deutschen Unternehmenspreis Gesundheit 2013 und sehe dies als Bestätigung der Bemühungen. Außerdem setze sich die Erkenntnis durch, den Faktor Mensch als wichtigsten Erfolgsfaktor wertzuschätzen und diesen gesund und leistungsfähig zu erhalten. Der öffentliche Dienst sei hier in einer wichtigen Vorreiterrolle.

Frau Müller, GB Gesundheit, erläutert anhand der Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, und eines Fallbeispiels die einzelnen Schritte beim Verfahren.

Herr Abramzik fragt, ob unterbrochene Krankheitsausfälle zusammengerechnet werden, oder nur Ausfälle am Stück beachtet werden.

Frau Müller gibt Auskunft, dass laut Gesetz aufsummiert wird. Es werde nachgeforscht, ob es an der Arbeit liegt, um dann verschiedene Möglichkeiten zu besprechen, zBsp. eine stufenweise Wiedereingliederung.

Kreisrätin Brodersen befürwortet das Vorgehen, vor allem die frühe Reaktion und die vorhandene Freiwilligkeit. Dies sei der richtige Weg um gute Mitarbeiter zu halten.

Frau Müller antwortet auf Frage von Erster Landesbeamter Friedrich, BEM sei 2009 eingeführt worden. Für 2012 und 2013 gebe es tatsächliche Fallzahlen (2012: 17, 2013: 20). Die Arbeit würde mit einem guten Kosten-Nutzen-Faktor erledigt, die Mitarbeiter bedarfsgerecht eingeteilt. Sie antwortet auf Frage von Kreisrätin Wilhelm, zur Zeit sei nicht geplant, das BEM auszuweiten. Über eine Einbeziehung der Kreisunternehmung werde jedoch nachgedacht.

Der Ausschuss nimmt die Information über das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) im Landratsamt zur Kenntnis.

Auszüge:



1 GB Gesundheit

## § 5

### Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im Rems-Murr-Kreis sowie Entwicklung der Notfall-praxen:

#### Antrag der FDP-FW Fraktion

#### Drucksache 2014-28-SozA05.05.

Erster Landesbeamter Friedrich verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Frau Dr. Längle-Sanmartin legt einleitend dar, dass die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung zwar nicht in der Zuständigkeit des Landkreises liege, dies aber selbstverständlich ein sehr wichtiges Thema sei. Deshalb sei man dem Antrag der FDP/FW-Fraktion, darüber zu berichten, auch gerne nachgekommen.

Frau Dr. Merx, GB Gesundheit, erläutert in einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, die Drucksache 2014-28. Sie zeigt unter anderem die Herausforderungen der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung auf, die im Rems-Murr-Kreis auftreten. Arztsitze können zu einem Drittel nicht wiederbesetzt werden und die Altersstruktur ist dramatisch. Knapp 30% der Ärzte sind über 60 Jahre alt und wollen sich in absehbarer Zeit zur Ruhe setzen. Sie erläutert die rechtlichen und regionalen Rahmenbedingungen, sowie einige Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung.

Kreisrätin Wilhelm bedankt sich für den Vortrag. Es habe sich gezeigt, dass das Thema sehr fachspezifisch sei, aber dennoch ein wichtiger Standortfaktor und die Kreisbevölkerung gut versorgt sein müsse. Sie bezweifle jedoch, dass eine gute Versorgung der Fachärzte im Rems-Murr-Kreis gegeben sei, da die Terminfindung für Patienten oftmals sehr lange dauere. Es gäbe inzwischen auch neue Modelle, wie das Hausarztkonzept Baiersbrunn und eine sehr gute Internetplattform. Das Prädikat „gesunde Kommune“ sei für 3 Jahre erwerbbar und mit Fördergeldern verbunden. Die FDP-FW sei als antragsstellende Fraktion mit der Berichterstattung zufrieden.

Frau Merx erläutert, dass für die Anzahl der Fachärzte eine Festsetzung gelte, wie viele Einwohner auf einen Arzt kommen und diese statistisch gesehen ausreichend sei.

Kreisrat Hinderer berichtet über die Versorgungsrealität in Alfdorf, wo Ärzte aus dem OstalbKreis bei Inanspruchnahme des Wochenenddienstes, anreisen müssten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im Rems-Murr-Kreis sowie die Entwicklung der Notfallpraxen zur Kenntnis.

Auszüge:

- 1 GB Gesundheit
- 1 Rems-Murr-Kliniken
- 1 Kreisbaugruppe



**§ 6**

Verschiedenes

Unter „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

gez.

Johannes Fuchs

Der Schriftführer:

gez.

Thomas Hasert